

Hohe außenwirtschaftliche Überschüsse

Deutschlands in der Kritik

© Akademie für Welthandel AG, April 2010

Während der Welthandel im letzten Jahr um 12 % zurückging, war Deutschland mit einem Minus von fast einem Fünftel besonders stark von den Krisenfolgen betroffen. Wie erwartet verlor die Bundesrepublik 2009 auch den Titel des prestigeträchtigen Exportweltmeisters an China. Trotz der Krise wurden mit 136 bzw. 119 Mrd. € aber immer noch dreistellige Handels- bzw. Leistungsbilanzüberschüsse erzielt. Unser hoher Exportüberschuss gerät aber zunehmend in die Kritik aus Defizitländern der Eurozone, die selbst unter mangelnder bzw. nachlassender Wettbewerbsfähigkeit leiden. Sie fordern eine Stärkung der Binnennachfrage in Deutschland, um deren Ausgestaltung unter Ökonomen derzeit heftig gestritten wird.

Die deutsche Volkswirtschaft und insbesondere der Außenhandel der Bundesrepublik hatten im Jahr 2009 den größten Einbruch in der Nachkriegsgeschichte zu verzeichnen. Während die Weltwirtschaft um rund 1 % schrumpfte (lt. IWF-Zahlen) und der Welthandel im letzten Jahr um 12 % zurückging (lt. WTO-Zahlen), war Deutschland besonders stark von den Krisenfolgen betroffen. So ging das BIP real um 5 % gg. Vorjahr zurück, während der Außenhandel sogar um fast ein Fünftel einbrach. Damit war die außenwirtschaftliche Flanke noch schwächer als 2008. Der Außenbeitrag kostete 2009 rund 3 Prozentpunkte an BIP-Wachstum.

2009: Export- und Importrückgang um fast ein Fünftel

Dabei sanken die Warenexporte um 18,4 % auf 803,5 Mrd. €, was in etwa dem Ausfuhrniveau von 2005 entsprach. Bei den deutschen Warenimporten gab es 2009 mit einem Rückgang von 17,2 % auf 667,4 Mrd. € ähnlich starke Einbussen zu verzeichnen. Die Energieimporte hatten dabei maßgeblichen Anteil am Rückgang: Sie sanken mengen- und vor allem preisbedingt 2009 um immerhin 25 Mrd. auf 56 Mrd. €, das entspricht noch einem Anteil von 8,5 % an den Gesamteinfuhren.

2009: Trotz Krise dreistelliger Handels- und Leistungsbilanzüberschuss

Der Handelsbilanzüberschuss, also der Saldo aus Warenausfuhr und -einfuhr, reduzierte sich 2009 um über 40 Mrd. auf 136 Mrd. €. Damit blieb der Aktivsaldo doch noch dreistellig, er ging aber auf das Niveau von 2002/2003 zurück. (vgl. Tab. 1). Mit 5,7 % des BIP steht Deutschland hier weiter an der Spitze der Industrieländer.

Tabelle 1: Deutsche Leistungsbilanz und wichtige Teilposten (in Mrd. €)

	Handelsbilanz	Dienstleistungsbilanz	Übertragungsbilanz	Erwerbs- und Vermögenseinkommen	Leistungsbilanz
2000	59,1	-49,0	-28,0	-8,3	-35,2
2001	95,5	-49,9	-26,9	-10,9	0,4
2002	132,8	-35,7	-27,5	-18,0	43,0
2003	129,9	-34,5	-28,3	-15,1	40,9
2004	156,1	-29,4	-27,8	20,4	102,8
2005	158,2	-25,7	-28,7	24,9	114,6
2006	159,0	-13,7	-27,2	44,9	150,1
2007	195,3	-11,6	-32,2	43,5	185,1
2008	178,3	-7,0	-34,3	42,6	167,0
2009	136,1	-11,4	-32,0	33,8	119,2
2010 (P)	165	-12	-33	30	140

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht April 2010, eigene Berechnungen

Bei den unsichtbaren Transaktionen („invisibles“) gab es 2009 diese Entwicklungen:

- Eine kleine Verschlechterung verzeichnete die deutsche Dienstleistungsbilanz. Das chronische Defizit stieg um 4 Mrd. auf 11,5 Mrd. €, wobei sich das Minus beim deutschen Reiseverkehr allein auf 33 Mrd. € belief.
- Das Defizit der Übertragungsbilanz sank um 2 Mrd. auf 32 Mrd. €. Bei diesen unentgeltlichen Transfers sind die Netto-Zahlungen an die EU leicht auf 16 Mrd. € gesunken. Das Minus der privaten Übertragungen lag bei 14 Mrd. €.
- Bei den Erwerbs- und Vermögenseinkommen nahm der Überschuss wegen rückläufiger Vermögenseinkommen um 9 Mrd. auf 34 Mrd. € ab.

Unter Einrechnung der Ergänzungen zum Außenhandel – mit ihrem üblichen Defizit von fast 10 Mrd. € – ging der Überschuss in der übergeordneten Leistungsbilanz um ein Viertel auf 119 Mrd. € zurück. Der Aktivsaldo entsprach noch einem Anteil von 5 % des BIP, was Deutschland weiter einen internationalen Spitzenplatz bescherte.

China löst Deutschland als Exportweltmeister ab

Der überproportionale Rückgang beim deutschen Außenhandel hatte auch international plakative Folgen. Aufgrund der Marktanteilsverluste beim Warenhandel verlor die Bundesrepublik 2009 nach 6 Jahren ihren Titel als Exportweltmeister und musste China an sich vorbeiziehen lassen. Auffällig ist ferner, dass Russland durch Südkorea aus den WTO-TOP 10 verdrängt wurde (vgl. Tab. 2). Die Wachablösung an der Spitze war aber nur eine Frage der Zeit und wurde durch die Finanzkrise nur um ein oder zwei Jahre vorgezogen. Der Abstand zu den USA auf Platz 3 hat sich aber kaum verringert, zumal die Bundesrepublik von der wieder anziehenden Weltkonjunktur überproportional profitieren dürfte. Von daher erscheint der Platz des Vize-Exportweltmeisters auf absehbare Zeit nicht gefährdet.

Tabelle 2: TOP 10 der Warenexporteure 2009

Land	Wert (in Mrd. \$)	Veränderung (in %)	Anteil (in %)	Nachrichtlich: Importanteil (in %)
1 VR China	1202	-16	9,6	8,0
2 Deutschland	1121	-22	9,0	7,4
3 USA	1057	-18	8,5	12,7
4 Japan	581	-26	4,7	4,4
5 Niederlande	499	-22	4,0	3,5
6 Frankreich	475	-21	3,8	4,4
7 Italien	405	-25	3,2	3,2
8 Belgien	370	-22	3,0	2,8
9 Südkorea	364	-14	2,9	2,6
10 Großbritannien	351	-22	2,8	3,8
TOP 10	6425	-21	51,5	52,8
TOP 30	13120	-23	82,2	81,6
Insgesamt	16127	-23	100,0	100,0

Quelle: WTO World Trade 2009 (Press release 598), eigene Berechnungen

Zunehmende EU-Kritik am hohen Exportüberschuss Deutschlands

Die hohen außenwirtschaftlichen Überschüsse tragen der Bundesrepublik aber zunehmend Kritik ein, vor allem in der EU. Was anfangs als Ablenkungsmanöver im französischen Wahlkampf abgetan wurde, hat mittlerweile eine breite Resonanz in vielen Ländern der Union mit einem Handelsbilanzdefizit und in der EU-Kommission

selbst gefunden. Seit der Krise werfen viele Ökonomen und Politiker auch weltweit einen kritischeren Blick auf die „globalen Ungleichgewichte“.

Auf der einen Seite stehen hohe Außenhandelsüberschüsse der großen Exportnationen wie China, Japan und Deutschland, die auf hohe Warenausfuhren setzen und so volkswirtschaftliche Ersparnisse bilden. Auf der anderen Seite gibt es hohe Leistungsbilanzdefizite der Nationen, die sich Konsum auf Pump erlauben. Saldentechnisch sind das zwei Seiten derselben Medaille, denn die Überschussländer ermöglichen anderen Ländern hohe Leistungsbilanzdefizite und finanzieren deren Verschuldung. Ökonomen streiten darüber, ob das so auf Dauer weitergehen kann und soll.

Die Diskussion hat durch die Staatsschulden-Probleme einzelner EWU-Staaten („PIGS-Länder“) eine zunehmend europäische Note bekommen. Spanien, Portugiesen und Griechen sowie die Iren erlebten mit Eintritt in die Währungsunion einen Sonderboom, weil sie plötzlich viel niedrigere Zinsen zu zahlen hatten. Dies hatte vielerorts einen immensen Investitions- und Bauboom zur Folge. Parallel zu hohen BIP-Zuwächsen nahmen auch die Handelsbilanzdefizite zu. Auf die „Euro-Party“ folgte aber vielfach der Kater. Diese Länder müssen sich zum Abbau ihrer Doppeldefizite nunmehr einschränken, andernfalls werden sie von ihren Schulden erdrückt.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die hohen Defizite der genannten Euro-Staaten führen viele Ökonomen aber nicht nur auf die aktuelle Finanzkrise, sondern auch auf deren seit Jahren nachlassende Wettbewerbsfähigkeit zurück, welche die Importüberschüsse mit verursacht hat. Sie sind nämlich Folge von zu geringen Produktivitätszuwächsen bei zu hohen Lohnabschlüssen. Vor Einführung des Euro konnten die Südländer einfach ihre Währung abwerten, um ihre schwindende preisliche Wettbewerbsfähigkeit auszugleichen; wovon in früheren Jahrzehnten auch häufig Gebrauch gemacht wurde. Diese Möglichkeit ist innerhalb der Währungsunion nun versperrt. Plakativ gesprochen, müssten die Griechen nun eine „innere Abwertung“ durchführen, also die Lohnstückkosten senken und den „finanzpolitischen Gürtel“ enger schnallen. Eine andere und extremere Alternative wäre der Austritt aus der Eurozone: Er würde schwächeren Ländern wieder eine autonome Wechselkurspolitik ermöglichen, hätte aber gravierende Nachteile z. B. beim Schuldendienst.

Konkurrierende Vorschläge zur Stärkung der deutschen Binnennachfrage

Allerdings wird die von Brüssel geforderte stabilitätsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik auch spürbare Folgen für die Überschussländer haben. Wenn sich die Defizitländer „gesundschrumpfen“, sinkt das Potential für Außenhandelsüberschüsse gerade für die deutsche Industrie. Es sei daran erinnert, dass 2009 rund 43 % der deutschen Warenausfuhren in die Eurozone gingen, in die gesamte EU waren es fast zwei Drittel. Damit wächst hierzulande die Sorge, ob die stark exportlastige Wirtschaftsstruktur längerfristig durchzuhalten sein wird. Im Kern sind sich Volkswirte daher einig, dass die Binnennachfrage in Deutschland gestärkt werden müsse. Allerdings gibt es ein breites Spektrum an Vorschlägen:

- Gewerkschaftsnahe Ökonomen fordern eine Abkehr von der starken Exportorientierung und eine expansivere Lohnpolitik, um die Binnennachfrage zu stärken. Sie verurteilen die Lohnzurückhaltung seit der Jahrtausendwende, weil dadurch schwächere Euro-Staaten ins Defizit getrieben worden seien.
- Zusätzlich wird die Schwächung der Binnennachfrage durch die Anhebung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 % seit Januar 2006 kritisiert.
- Andere sehen den Beginn der Fehlentwicklung in überhöhten Lohnabschlüssen gerade der neunziger Jahre, die zu einer Verlagerung von arbeitsintensiven einfachen Industrien aus (Ost-)Deutschland ins Ausland führten. Vorrangig hochtechnologische und kapitalintensive Branchen verblieben im Land.
- Stärker angebotsorientierte Ökonomen halten die Exportorientierung prinzipiell für richtig, die Deutschland auch jahrelang den Titel des Exportweltmeisters eingetragen hat. Sie verweisen auch auf die marktwirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik, bei der man nicht einfach einen Hebel von der Exportkonjunktur auf die Binnenwirtschaft umlegen kann. Damit wird auf die planwirtschaftlichen Möglichkeiten der chinesischen kommunistischen Führung angespielt, die mit ihrem gigantischen Programm zum Ausbau der Infrastruktur die Binnenkonjunktur stützen will.
- Die Vorschläge der Mehrheitsgruppe zur Förderung der Binnennachfrage reichen von einer verstärkten Förderung von Sachinvestitionen statt von Finanzvermögen und der steuerlichen Förderung von haushaltsnahen Dienstleistungen bis hin zur weiteren Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und einer attrakti-

veren Unternehmensbesteuerung, um Investitionen und Arbeitsplätze am Standort Deutschland zu verstärken.

Abschließend sei daran erinnert, dass Krisen selten durch einzelne Patentrezepte überwunden werden, sondern durch ein Zusammenspiel von angebots- und nachfrageorientierten Maßnahmen – sowohl in den Überschuss- als auch in den Defizitländern. Und wenn die EWU-Problemländer bei ihren Reformen gut vorankommen sollen, wird gerade Deutschland akzeptieren müssen, dass es nicht ständig weitere Marktanteilsgewinne zu Lasten anderer Euroländer machen kann. Deutschlands Exportchancen liegen mittelfristig deshalb stärker außerhalb der Eurozone, insbesondere in Mittel- und Osteuropa sowie in der asiatischen Wachstumsregion. Für 2010 rechnet die WTO jedenfalls mit einem Zuwachs des Welthandels um ein Zehntel, von dem Deutschland überproportional profitieren dürfte.

Weitere Informationen erhalten Sie auf www.akademie-welthandel.de
oder unter der Telefon-Nummer 0 69 / 74 74 2 – 0.